Beschluss (vorläufig) Energiewende 2.0: Nutzen statt Abwürgen

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	29.11.2025
Tagesordnungspunkt:	E Klima & Energie

Antragstext

Die Dynamik der Energiewende steht auf dem Spiel. Endlich boomen Solar, Windenergie und Speicher, doch Katherina Reiche plant ein Bremsmanöver. Ausgerechnet die Wirtschaftsministerin plant mit Nullwachstum, Deindustrialisierung und einem Comeback der Fossilen. Sie glaubt weder an industrielle Erneuerung noch an eine Zukunft mit KI, Digitalisierung und klimaneutraler Wertschöpfung Made in Germany – und rechnet den künftigen Strombedarf klein. Statt mit günstigem grünem Strom die Basis für wirtschaftlichen Fortschritt zu legen, verunsichert die Wirtschaftsministerin Investor*innen und gefährdet Versorgungssicherheit, Resilienz und Zukunftsfähigkeit.

Wir stehen für eine gerechte und zukunftsorientierte Energiepolitik, die durch klare Rahmenbedingungen die Geschäftsmodelle der Energie- und Industrieunternehmen konsequent auf Klimaneutralität ausrichtet. Unsere Energiepolitik ist sozial gerecht: Sie nimmt diejenigen in die Verantwortung, die von fossilen Geschäftsmodellen profitieren, und erleichtert zugleich den Menschen und Unternehmen den Übergang in eine klimaneutrale Zukunft.

Mit dem grün geführten BMWK haben wir den Ausbau von Wind und Sonne neu entfacht. Wir haben die Energiewende durch gezielten Bürokratieabbau in Gang gebracht – etwa bei Mieterstrom und Balkonkraftwerken, dem Ausbau von Windkraft oder dem Netzausbau. Dabei wird der Ausbau immer günstiger. Den Weg raus aus der fossilen Abhängigkeit wollen wir konsequent weitergehen.

Aber: Auch wenn die Erneuerbaren bereits rund 60% zur Stromerzeugung beitragen, werden immer noch gut 77% des gesamten deutschen Energiebedarfs, inklusive der Energie für Mobilität, Wärme und die Industrie, aus fossilen Quellen gedeckt, also aus Kohle, Öl und Gas. Das ist dreckig, unsicher und teuer. Wir bezahlen unsere fossile Sucht gleich dreifach: Jedes Jahr überweist Deutschland rund 80 Milliarden, oder 2% unseres Bruttoinlandsproduktes, für Öl und Gas auch an Autokraten und Despoten, die mit diesem Geld Kriege gegen unsere Freiheit finanzieren. Europaweit sind es sogar 315 Milliarden. Wir machen uns damit abhängig und erpressbar. Und wir hinterlassen unseren Kindern und Enkeln einen riesigen ökologischen Schuldenberg. Deshalb bleibt es bei dem von der Verfassung vorgegebenen Auftrag: Mindestens 65% Treibhausgasreduktion gegenüber 1990 bis 2030 und Klimaneutralität bis 2045. Für 2030 haben wir in der letzten Legislatur die Voraussetzungen geschaffen, doch die neue Regierung kommt vom Kurs ab. Für die Jahre nach 2030 attestieren uns der deutsche Expertenrat für Klimafragen und die EU-Kommission eine massive Zielverfehlung. Deswegen gilt: Die Energiewende muss schneller, nicht langsamer werden!

Energieministerin Reiche dagegen will bremsen, um fossile Geschäftsmodelle zu erhalten. Dafür verbiegt sie sogar den Energiewende-Monitoring-Bericht ihrer

eigenen Expert*innen und setzt den künftigen Strombedarf willkürlich an den untersten Rand der Prognosen fest. Gleichzeitig setzt die Union zu einem Frontalangriff auf den Green Deal an: Sie blockiert das 2040er-Klimaziel im Rat, stellt sich gegen die Erneuerbaren-Richtlinie ab 2030, will höhere CO2-Autoemissionen ermöglichen, grundsätzlich in Frage und will den Emissionshandel aushöhlen. Dabei läuft die Transformation längst weltweit wie bei uns: Wärmepumpen verkaufen sich besser als fossile Heizungen, die Elektromobilität gewinnt an Fahrt. Unternehmen stellen um. Eine Ministerin, die da bewusst bremst, gefährdet nicht nur die Energiewende, sondern auch die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Die Zukunft ist elektrisch, erneuerbar und dezentral.Das Energiesystem der Zukunft ist preiswerter, denn die Stromerzeugung aus Sonne und Wind ist unschlagbar günstig. Europa ist einer der windreichsten Kontinente der Erde und Photovoltaik ist mittlerweile so günstig, dass Solarenergie selbst in Norwegen wettbewerbsfähig ist. Damit Deutschland und Europa im Wettbewerb mit China und den USA bestehen, bringen wir die enormen Kostenvorteile der Erneuerbaren Energien zu den Menschen und den Unternehmen. Denn: Nicht Sonnen- und Windstunden, sondern Investitionen in unsere Infrastruktur bestimmen den Preis der Energieversorgung der Zukunft. Hier setzen unsere Vorschläge an. Statt zu bremsen, wollen wir günstige, erneuerbare Energie dahin bringen, wo und wann sie gebraucht wird – mit digitalen Netzen, klugen Speichern und flexiblen Verbraucher*innen. Wir wollen Erneuerbare nutzen statt Abregeln. Überschüssiger Strom ist schon heute der Rohstoff für Wärmenetze und grünen Wasserstoff. Die Energiewende ist ein Gemeinschaftsprojekt. Ihr Erfolg hängt insbesondere davon ab, dass jede*r an der Energiewende teilhaben und gestalten kann. Wir alle profitieren – finanziell, aber auch sozial – am meisten, wenn alle mitmachen können: Bürgerenergie und Beteiligungsmodelle, Energiewendefonds und kommunale Eigenkapitalanteile machen die hohen Investitionen gemeinschaftlich und mit niedrigem Risiko erschwinglich und sichern dadurch niedrige Energiekosten, auch für die, die weniger Geld haben.

Wir wollen wieder mehr Spaß am Klimaschutz wecken. Die vom EU-Recht längst eingeforderte Bürgerenergie ist dazu der Schlüssel: Wer Energie vor Ort teilt, senkt Kosten. Unser Motto: Energie von allen, für alle. Eine Energiewende in der Hand von Haushalten und Mittelstand entspricht unserer Leitidee einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Sie verlagert Wertschöpfung von fossilen Autokraten in unsere Städte und Dörfer. Die ländlichen Räume werden so zum Gewinner der Energiewende. Die Energiewende schafft neue Möglichkeiten für Industrie, Handwerk und Haushalte. Wer jetzt bremst, gefährdet nicht nur das Klima, sondern auch eine gleichmäßige wirtschaftliche Erneuerung in allen Regionen unseres Landes. Eine dezentrale Energieversorgung stärkt die Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen, denn Klimaschutz und Sicherheitspolitik sind untrennbar miteinander verbunden.

Wir stellen uns dem fossilen Rollback auf allen Ebenen mit einer großen Kampagne entgegen. Gemeinsam mit Bürger*innen, Kommunen, Unternehmen und Zivilgesellschaft fordern wir 100 Prozent Erneuerbare mit Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Beteiligung als Leitprinzipien. Wir legen mit über 50 konkreten Maßnahmen einen klaren Plan vor, wie 100 Prozent Erneuerbare mit Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Beteiligung gelingen pragmatisch,

marktnah und gemeinsam mit Bürger*innen, Kommunen, Unternehmen und Zivilgesellschaft.

Wir fordern: keine Absage an die Industrienation Deutschland. Der Industriestandort Deutschland steht unter Druck. Das fossile Geschäftsmodell auf Basis billigen russischen Gases ist zusammengebrochen. Aber wir stehen zur energieintensiven Industrie und wollen Deutschland zu einem klimaneutralen Industrieland führen. Wir stehen im Wettbewerb der Systeme – „Petrostaaten", die in der Sackgasse fossiler Abhängigkeit verharren, gegen „Elektrostaaten", die mit Innovation die Kraft von Sonne und Wind direkt nutzen und wo nötig in energiereiche Moleküle wandeln. Unsere Antwort auf die fundamentale Transformation der Weltwirtschaft ist der European Green Deal und damit massive Investitionen in die flächendeckende und effiziente Nutzbarmachung erneuerbarer Energien. Unser Land braucht eine starke Chemie- und Grundstoffindustrie. Wir brauchen synthetische Kraftstoffe für Flugzeuge und die Schifffahrt. Um industrielle Zentren zukunftsfähig zu machen, müssen die Rahmenbedingungen für grüne Moleküle stimmen.

Unser bisheriger Erfolg bringt neue Herausforderungen. Die Energiewende ist kein Selbstläufer, sondern ein Systemwechsel – weg von zentralen, fossilen Strukturen hin zu einem dezentralen, erneuerbaren Energiesystem. Dazu haben Bündnis 90/Die Grünen in den vergangenen Jahren von der kommunalen bis zur europäischen Ebene intensiv mit Expert*innen und Stakeholdern gearbeitet. Ein Teil dieses Prozesses war zum Beispiel auch der energiepolitische Grundsatzbeschluss der BAG Energie. Daraus folgt für uns ganz klar: Ein Stromsystem mit 100 Prozent erneuerbaren Energien benötigt andere Regeln als das fossile System von gestern. Daher erfordert die Energiewende eine vorausschauende Gesetzgebung, die bereits heute die Voraussetzungen für ein rein erneuerbares Stromsystem schafft. Wir brauchen neue Paradigmen - flexibel, dezentral, digital. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren ist Strom zunehmend im Überfluss vorhanden, aber nicht immer dort und nicht immer dann, wenn er gebraucht wird. Etliche Netze sind überlastet, die Bürokratie bremst. Für Haushalte und Unternehmen wollen wir die Energiewende einfacher machen. Und obwohl Solar, Wind und Speicher immer günstiger werden, kommen die Kostenvorteile der Erneuerbaren noch zu selten bei den Menschen und Unternehmen an.

Die Energiewende muss günstiger werden. Die Transformation zu 100 Prozent Erneuerbaren erfordert hohe Investitionen, gerade deshalb achten wir auf die Kosten.Nur durch eine konsequente weitere Elektrifizierung auf Basis erneuerbarer Energien sinken die Kosten pro Kilowattstunde benötigter Energie. Intelligente Steuerung, kluge Regulierung, Wettbewerb, Dezentralität und günstige Finanzierungsbedingungen können die notwendigen Investitionen minimieren und wirtschaftlicher machen. Speicher aller Art und die Sektorkopplung erhöhen den Nutzungsgrad teurer Infrastruktur, ergänzen und ersetzen zum Teil den Netzausbau.

Die Energiewende ist ein Megaprojekt. Der Umbau einer 200 Jahre lang fossil betriebenen Industrialisierung auf ein komplett erneuerbares System ist dringend notwendig, stellt uns souveräner auf, reduziert Abhängigkeiten und schützt unser Klima. Die für die Erneuerung notwendigen Investitionen zahlen sich für unser Land aus und stärken den Wirtschaftsstandort. Daher braucht es auch massive öffentliche Investitionen. Einige Kosten, insbesondere die der Netzentgelte, sind in den letzten Jahren aus dem Ruder gelaufen. Auch weil der lang

verschleppte Netzausbau jetzt nachgeholt werden muss und notwendige Reformen verschlafen oder vermieden wurden.

Märkte brauchen einen sozial-ökologischen Ordnungsrahmen, um die Energiewende schnell und effizient voranzubringen. Unser Ziel ist es, die Effizienz bei der Nutzung von Energie deutlich zu erhöhen. Wir wollen die Energiewende kosteneffizient beschleunigen und weiterentwickeln. Das muss beherzt, konsequent digital, ebenso sicher wie resilient und innovativ, vor allem aber unbürokratisch angegangen werden. Dazu wollen wir:

- Die Dynamik des Zubaus von Solar, Windenergie und Speichern erhalten, nutzen und möglichst noch weiter entfachen.

- Den immer reichlicher vorhandenen günstigen Strom aus Wind und Sonne wollen wir kostengünstig integrieren statt ihn teuer abzuregeln. Gleichzeitig muss Energie auch in der Dunkelflaute sicher und bezahlbar bleiben. Das gelingt mit Speichern, flexibler Nachfrage, starken europäischen Netzen und modernen, technologieoffenen sowie kosteneffizienten Reservekapazitäten.

- Mit Bürgerenergie und Energy Sharing die Menschen konsequent in den Mittelpunkt der Energiewende stellen.

- Die Kostenvorteile, der Erneuerbaren systematisch nutzen, um unsere Industrie und Arbeitsplätze zukunftsfest zu machen, durch ein Marktdesign, das Sonne, Wind und Speicher konsequent in den Mittelpunkt stellt.

- Um die Kostenvorteile der Erneuerbaren auch in die Mobilität zu bringen, machen wir grünen Ladestrom auch unterwegs erschwinglich. Dafür öffnen wir alle Ladesäulen für den Wettbewerb und stärken zusätzliche Geschäftsmodelle wie gemeinnützige Ladesäulen.

Die Energiewende kann und muss das Leben bezahlbarer machen – für Familien, Mieter*innen, Pendler*innen und Betriebe. Wer mit Strom heizt, fährt oder produziert, soll weniger zahlen als mit Öl und Gas. Dafür braucht es faire Strompreise, sinkende Netzentgelte und eine gezielte Unterstützung für Investitionen insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen, damit diese nicht in Energiearmut geraten. Jeder Haushalt soll zuverlässig Zugang zu Energie haben, unabhängig von steigenden Preisen. So wird Klimaschutz zur sozialen Entlastung – und die Energiewende zu einem Gewinn für alle. Mit grüner Energiepolitik macht Dekarbonisierung Freude, nicht Angst, regt zum Mitmachen an und wird zum Win-Win-Win-Projekt für Bürger*innen, Industrie und das Klima. Investitionen und Umbaumaßnahmen, insbesondere der Infrastrukturen stemmen wir klug, effektiv, kosteneffizient, naturverträglich und gleichermaßen generationengerecht und sozial gerecht.

1. Mehr Erneuerbare, weniger Gas, mehr Zukunft

Unsere Zukunft ist elektrisch: Solar- und Windenergie liefern Strom, den wir wo immer möglich direkt nutzen wollen und wo immer nötig in Moleküle verwandeln oder anderweitig speichern. Zudem brauchen KI, Elektromobilität, Wärmepumpe und Co mehr günstigen, sauberen Strom. Dafür setzen wir auf 100 Prozent Erneuerbare.

Fossile und Atomkraftwerke überleben nur mit Subventionen oder weil ihre wahren Kosten ignoriert werden. Putins offene Drohungen – unter anderem gegen das AKW Saporischschja – zeigen auf, dass Atomkraft eine hochriskante Technologie und kein AKW gegen Kriegswaffen zu schützen ist. Ein europaweiter Atomausstieg ist dringend erforderlich.

Elektrifizierung von Gebäuden, Verkehr und Industrie macht Energie günstiger. Wenn mehr Strom durchs gleiche Netz fließt, sinken die Kosten pro Kilowattstunde – wie auf einer Bahnstrecke, auf der mehr Züge fahren, ohne neue Schienen zu bauen. Wärmepumpen und E-Autos können Strom nutzen, der sonst abgeregelt würde, und Großwärmepumpen wandeln solche Stromspitzen in Wärme für ganze Stadtviertel um. So wird überschüssige Energie sinnvoll genutzt, das Netz effizienter und die Kosten sinken – für Haushalte, Betriebe und das Klima.
Weltweit sind die Erneuerbaren längst zur dominierenden Kraft geworden. Auch bei uns. Eine breite Allianz aus Bürger*innen, innovativen Start-ups, vielen kleinen und mittleren Betrieben, Industrie und Energiewirtschaft bringt gemeinsam die Energiewende in Deutschland voran. Wer in dieser Situation unseren künftigen Strombedarf kleinrechnet oder den Ausbau der Erneuerbaren verzögert, gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Versorgungssicherheit und sorgt für die hohen Strompreise von morgen. Deutschland hat 2022 bitter gelernt, was fossile Abhängigkeit bedeutet – das darf sich nicht wiederholen.

Deshalb fordern wir:

- Auf-Dach-Anlagen sind eine tragende Säule der Energiewende und müssen es bleiben. Strom vom eigenen Dach ist nah an den Menschen, nah am Verbrauch und nutzt bestehende bebaute Flächen. Wer selbst Strom erzeugen will, darf nicht durch überteuerte Anschlüsse, absurd teure Zählerschränke und überdimensionierte Technik gebremst werden – und sollte einen Anreiz haben jedes Dach voll zu machen und die Potenziale des eigenen Grundstücks voll nutzen zu können, etwa mit Gartensolar. Denn das ist ökologisch besonders wertvoll. Bis endlich alle fair und unkompliziert am Strommarkt teilnehmen, entwickeln wir die Einspeisevergütung fort. Die Vergütungssätze werden moderat an die gesunkenen Kosten angepasst und gleichzeitig wird sicher gestellt, dass Solarprojekte in Bürgerhand in allen Regionen wirtschaftlich bleiben. Für Mehrfamilienhäuser fordern wir Vereinfachungen, die kostengünstige Installationen statt komplizierten Messkonzepten erlauben, und alle Bewohner des Hauses vom kostengünstigen Solarstrom profitieren lassen. Das Ziel muss sein alle Dächer voll zu machen.

- 600 Stunden Sommerstrom gratis – für alle: Im Sommer entstehen systematische Überschüsse aus Erneuerbaren Energien, die heute ungenutzt verpuffen. Mit einem Solarbonus machen wir sie für die Menschen kostenfrei verfügbar. Die Solaranlage auf dem Dach wird sich weiter lohnen und gleichzeitig schaffen wir einen starken Anreiz den Strom im richtigen Moment zu nutzen oder zu speichern. Dazu werden wir ein genaues Konzept

entwickeln – und dafür alle Beteiligten an den Tisch holen, u.a. die Stromnetzbetreiber.

- Gleichzeitig setzen wir weiter auch auf Freiflächen-PV: Sie braucht ein Ausschreibungsdesign, das Pachtkosten begrenzen kann, landwirtschaftliche Nutzung schützt und ökologischen Mehrwert schafft.

- Onshore-Wind boomt endlich wieder. Der Zielkorridor liegt inzwischen unter dem bereits erreichten. Daher fordern wir eine Erhöhung der Ausschreibungsmengen auf mindestens 14 GigaWatt. Dabei setzten wir weiter auf Wettbewerb. Das Referenzertragsmodell wollen wir so reformieren, dass wir Investitionen überall im Land – auch im Süden – ermöglichen und somit die Gesamtsystemkosten senken. Gleichzeitig sollen die Gesamterträge maximiert werden. Möglichkeiten für Pachtobergrenzen und eine Duldungspflicht für Anschlussleitungen sorgen dafür, dass staatlich garantierte Erlöse nicht in übermäßige private Profite fließen.

- Offshore-Wind wird günstiger, wenn Flächen effizient geplant, die Windräder sich nicht gegenseitig den Wind nehmen und Netzanschlüsse optimal ausgelastet werden. Hersteller, Häfen und Netze brauchen Planungssicherheit, deshalb halten wir am 70-GW-Ziel fest, wollen aber die Ausbaupfade so strecken, dass alle Schritt halten können. Doch den gegenwärtigen Stillstand beim Ausbau von Offshore-Wind können wir uns nicht leisten. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass diejenigen, die einen Zuschlag erhalten haben, auch bauen – oder ihn zurückgeben. Für mehr Flächen braucht es mehr innereuropäische Kooperation, zum Bespiel Energieinseln gemeinsam mit Dänemark.

- Knappe und kostbare Biomasse wollen wir in Zukunft konsequent systemdienlich flexibel einsetzen und so den Zubaubedarf teurerer steuerbarer Großkraftwerke reduzieren. Wir geben der Landwirtschaft Planungssicherheit: Biomasse sollte möglichst Reststoffe nutzen, Anbau wie Betrieb müssen tatsächlich klimafreundlich und gleichzeitig die Investitionen planbar sein.

- Das große Potenzial von Solar-, Umwelt- und Abwärme wollen wir erschließen und gleichzeitig mit Wärmespeichern sowie Wärmenetzen die Stromnetze entlasten. Neben Wärmepumpen trägt auch die Solarthermie dazu bei, gemeinsam mit Strom aus Sonne und Wind diese Chancen voll auszuschöpfen. Wasserstoff kann Gas für die Wärmeversorgung dagegen nicht ersetzen.

Damit all das gelingt, braucht es ein europarechtskonformes EEG über 2026 hinaus, das insbesondere auch ökologisch besonders hochwertige Moor- und Agri-PV in den Blick nimmt. Für große PV-Anlagen und Windenergie setzen wir kurzfristig auf Differenzverträge, die stabile Erlöse für Investor*innen aber keine Übergewinne auf Kosten der Allgemeinheit garantieren. Das ist fair für Bürger*innen, verlässlich für die Industrie und stark für die Energiewende. Wir wollen das EEG so weiterentwickeln, dass es mit der Energiewende und unserem Ziel von 100 Prozent Erneuerbaren Energien Schritt hält. Die ambitionierten Ausbauziele und Ausschreibemengen sowie der Rechtsanspruch auf Netzanschluss und Einspeisung mit Vorrang für Erneuerbare müssen gesichert bleiben. Differenz- und Direktabnahmeverträge schaffen Planungssicherheit und günstige

Investitionsbedingungen für große Wind- und Solaranlagen. Kleineren Akteuren wie KMU, Bürgerenergie und Privatpersonen sollen durch ein vereinfachtes Unterstützungsmodell Zugänge zu günstigen Finanzierungsbedingungen erhalten bleiben. Viele Kommunen profitieren schon heute vom Boom der Erneuerbaren. Wir wollen, dass die Kommunen in allen Bundesländern rechtssicher an der erneuerbaren Wertschöpfung auf ihrem Gebiet teilhaben und damit auch Kitas, Schwimmbäder und ÖPNV sichern. Dazu brauchen wir in allen Bundesländern Beteiligungsgesetze. Kommunen sollen auch bei der Stromerzeugung aus Windkraft oder Freiflächen-PV außerhalb des EEG eine Beteiligung von 0,2 Cent pro Kilowattstunde erhalten.

Naturschutz und Erneuerbare gehören und gehen zusammen. Daher brauchen neue Erneuerbaren-Anlagen naturschutzfachliche Regeln. Schon heute setzen viele Betreiber von PV-Freiflächenanlagen mit und ohne EEG Förderung freiwillig auf hohe ökologische Standards wir wollen diese gute Praxis stärken, indem wir die Vorgaben des neuen EEG weiterentwickeln und für alle verbindlich machen. Sobald technisch ausgereift, wollen wir Windanlagen automatisiert herunterregeln, wenn sensible Vogelarten sich nähern. Für Naturschutzprojekte und die Verwendung der Ausgleichsgelder brauchen wir einen Entbürokratisierungsturbo für den Naturschutz. Wir setzen darauf, dass Batterien und alle erneuerbaren Techniken nachhaltig und möglichst in der Kreislaufwirtschaft gefertigt werden. Unsere Energiewende darf nicht auf Kosten von Natur und Menschenrechtsverletzungen passieren.

2. Netze und Speicher: Digital, flexibel und europäisch

Grüner Strom ist heute schon an vielen Tagen reichlich vorhanden. Das ist kein Fehler, sondern ein Erfolg – und ein Auftrag: Jetzt kommt es darauf an, mit heimischem grünem Strom möglichst viel teuer importierte Kohle, Öl und Gas zu ersetzen: in der Energiewirtschaft aber auch in Gebäuden, im Verkehr, in der Industrie. Deswegen sind Elektrifizierung, Innovation, Digitalisierung und Flexibilität der Schlüssel für die nächste Etappe der Energiewende.

Die Selbstwirksamkeit jedes Haushalts, Betriebs und Unternehmens müssen wir nutzen und anreizen, nicht verbieten. Alle gemeinsam müssen das System stützen und sollen daran verdienen können. Wir freuen uns, dass heute schon viele in Erneuerbare investieren. Anstatt privates Engagement abzuwürgen, wie es die Wirtschaftsministerin plant, wollen wir die Energiewende noch zugänglicher machen. Voraussetzung dafür ist die Digitalisierung des Energiesystems. Für Haushalte, Betriebe und Unternehmen muss die Energiewende einfacher zugänglich werden. Netz- bzw. Messstellenbetreiber müssen endlich allen, die es wollen, schnell und günstig die nötigen digitalen Lösungen für netzdienliches Abrechnen, Schalten und Steuern bereitstellen - wenn es schneller geht auch „Smart Meter light“. Moderne digitale und flexible Netze sind der Schlüssel für eine Energiewende in Hand und im Sinne von Bürger*innen, Gewerbe und Unternehmen:

- Die Verteilnetze mit ihren 860 Netzbetreibern sind das Rückgrat der Energiewende. Wir wissen, dass gerade unsere Stadtwerke nicht nur Energielieferanten sind, sondern auch Daseinsvorsorgedienstleister. Viele Verteilnetzbetreiber setzen die Energiewende vor Ort beherzt um, trotzdem kommt der Aus- und Umbau sowie die flexible Nutzung ihrer bestehenden Infrastruktur nicht schnell genug voran. Wir sehen, dass sich viele auf

den Weg gemacht haben und Kooperationen untereinander eingehen. Doch die Verteilnetze bleiben das größte Nadelöhr der Energiewende. Weiterhin gibt es trotzdem Doppelstrukturen, Ineffizienzen und teure Bürokratie. Die Folge: hohe Netzentgelte, langsame Verfahren und ein lähmendes Gegeneinander. Sie brauchen die nötige Unterstützung für die Transformation. Im Gegenzug muss es gelingen, endlich die nötige Dynamik in die Netze zu bekommen. Wir wollen eine Standardisierungsoffensive, um bei den Verteilnetzbetreibern, um umfassende Standardisierung von Prozessen, Schnittstellen und auch Hardware innerhalb drei Jahren zu erreichen. Dank digitaler Technik lässt sich mindestens 30% mehr aus bestehenden Netzen rausholen – durch intelligente Messsysteme, automatisierte Steuerung, gezielte Überbauung von Anschlusspunkten und datenbasierte Netzplanung können Verteilnetzbetreiber ihre Infrastruktur deutlich effizienter nutzen, Engpässe vermeiden und den Ausbaubedarf gezielt reduzieren. Die staatliche Regulierung der Verteilnezte richten wir konsequent auf die effiziente und effektive Integration der erneuerbaren Energien, auch in regionale Wärme- und Mobilitätsmärkte aus. Sie berücksichtigt, dass Strom, der lokal verbraucht wird, nicht weit transportiert werden muss. Bis 2030 müssen alle Haushalte und Unternehmen Smart Meter und damit die Möglichkeit zu räumlich und zeitlich differenzierten Tarifen bekommen, und damit zu Kostentransparenz und Empowerment. Hier helfen neben weiterer rechtlicher Vereinfachung Innovation und Wettbewerb. Anders als Katherina Reiche wollen wir Wettbewerb bei Messstellen nicht abschaffen, sondern stärken: Zudem stärken wir die Informationsverfügbarkeit über Netzzustände: Anschlusszeiten, Kosten und verfügbare Kapazitäten müssen öffentlich einsehbar sein. Das ermöglicht den Vergleich zwischen Netzregionen, so dass sich der Einsatz für die Energiewende und Kundenfreundlichkeit lohnt. Ein Bund-Länder-Fonds für Energienetze und staatliche Garantien erlauben es, die Kapitalkosten und Netzentgelte niedrig zu halten.

- Auch der Übertragungsnetzausbau muss effizienter werden. Die Rückkehr zu Freileitungen als Standard für noch nicht geplante oder genehmigte Übertragungsleitungen spart Milliarden. Für laufende Genehmigungsverfahren bleibt die Erdverkabelung bestehen – denn auch ein verzögerter Ausbau verursacht Mehrkosten. Übertragungsnetzausbau wird deutlich günstiger, wenn er vorrangig staatlich vorangetrieben wird. Statt immer höhere Renditen zu garantieren, um Investitionen anzureizen, sollten Kapitalengpässe auch durch staatliche Beteiligungen entschärft werden. Allein diese Maßnahme kann die Netzentgelte signifikant senken.

- Starke europäische Stromnetze sind entscheidend, um Wind- und Solarenergie räumlich wie zeitlich auszugleichen. Ein integriertes europäisches Netz senkt Kosten, erhöht Versorgungssicherheit und macht die Energiewende zum Gemeinschaftsprojekt.

- Flexibilität ist der Schlüssel für niedrigere Kosten – für jede*n einzelnen und die Allgemeinheit. Alles, was an systemdienlicher Flexibilität außerhalb des öffentlichen Netzes passiert, entlastet und spart Kosten: Speicher aller Art, Wärmepumpen, E-Autos und intelligente Steuerung können lokal Energie nutzen, verschieben und puffern. Dafür braucht es einfache, faire Tarife und keine überdimensionierten,

überteuerten Anschlüsse. Gerade mit bidirektionalen Laden können mittags unkompliziert und dezentral große Erzeugungsspitzen zwischen gespeichert und bei Bedarf abends wieder zur Verfügung gestellt werden. Auch Wärmespeicher können Sonnen- wie Windspitzen, gut und günstig aufnehmen. Die Regeln des Strommarktes müssen die Flexibilitäten privater und gewerblicher Nachfrage fördern, statt sie zu bremsen. Flexibilität spart Milliarden, halbiert im besten Fall den Strompreis für flexible Verbraucher und reduziert den Netzausbau bis um die Hälfte.

- Strom- und Wärmespeicher sind ein Pfeiler der neuen Energiewelt – flexibel, schnell und systemdienlich. Viele hundert Gigawatt Netzanschlussbegehren für Batteriespeicher zeigen: Die Technologie steht und die Investoren stehen bereit. Jetzt kommt es darauf an, dass eine Angemessene Menge dieser Speicher auch ans Netz kommt. Wir unterstützen die Bundestagspetition, die die systemdienliche Nutzung von Heimspeichern vereinfachen und wirtschaftlich attraktiv machen möchte. Mit regionalen Preissignalen und dynamischen Netzentgelten sorgen wir dafür, dass sie genau dann liefern, wenn Strom gebraucht wird – und lokale Spitzen intelligent puffern. Bislang verhindert eine veraltete Regulierung, dass Batteriespeicher im Notfall das Netz wieder aufbauen oder die regionale Versorgung im Inselmodus sichern. Heim- und Gewerbespeicher sowie E-Auto-Batterien sollen von schwankenden Preisen profitieren und das Netz so stabilisieren. Bei Großspeichern sollten Anschlüsse nach transparenten Kriterien mit Fokus auf Systemdienlichkeit, statt nach dem Windhundprinzip, vergeben werden. Das senkt die Netzentgelte und schafft Klarheit. Auch Wärmespeicher können Stromspitzen günstig aufnehmen und als Wärme über Stunden oder Tage nutzbar machen – sie entlasten die Netze und machen die Versorgung sicherer und bezahlbarer.

Zur Absicherung der Energiewende ist der Zubau weiterer steuerbarer Kapazitäten erforderlich. Dazu zählen neben Speichern und steuerbaren erneuerbaren Energien wie Bioenergie und Geothermie auch Gaskraftwerke, die zwingend wasserstofffähig sein müssen. Diese sollten unter Beibehaltung der geltenden Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren schnell errichtet werden. Der von Wirtschaftsministerin Reiche eigentlich gewünschte vollkommen überdimensionierte Zubau von fossilen Gaskraftwerken gefährdet dagegen den Umstieg auf grünen Strom in Autos, Häusern und Industrie – und könnte den Strompreis um bis zu zwei Cent pro Kilowattstunde zu verteuern. Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Technologieoffenheit macht Katherina Reiche eine Politik zum Schutz fossiler Interessen und Geschäftsmodelle – und gleichzeitig die Energiewende unnötig teuer. Weder der Monitoringbericht noch der aktuelle Versorgungssicherheitsbericht der Bundesnetzagentur sprechen wie Ministerin Reiche von einem massiven Zubau fossiler Leistung, sondern von einem erhöhten Bedarf an „steuerbaren Kapazitäten“. In der Tat ist regelbare Leistung unverzichtbar für Dunkelflauten. Ihr Bau ermöglicht erst die endgültige Stilllegung der Kohlekraftwerke. Außerdem sind wasserstofffähige Kraftwerke für den Wasserstoffhochlauf, das Wasserstoffkernnetz und somit für eine zukünftige Wasserstoffwirtschaft unverzichtbare Ankerkunden. Für alle neuen Gas-Kraftwerke muss gelten, dass sie klar die Vorgabe bekommen, dass sie sobald dies verlässlich möglich ist, mit Wasserstoff betrieben werden müssen. Darüber hinaus fordern wir einen kosteneffizienten, technologieoffenen, Kapazitätsmechanismus aufbauend auf dezentraler Erzeugung und Speichern, der Versorgungssicherheit garantiert und

Nachfrageflexibilität hebt. Das können Stromspeicher sein, die gerade in hoher Anzahl gebaut werden, flexibilisierte nachhaltige Biomasseanlagen, innovative Lösungen wie Brennstoffzellen oder ein flexibles Management von Lasten, bei dem alle Stunden der Sonnenkraft wirklich ausgenutzt werden.

Regionale Preissignale sowie räumlich und zeitlich differenzierte Netzentgelte sind der Schlüssel für eine schnellere und einfachere Marktintegration von erneuerbaren Energien und den effektiven Einsatz von Speichern. Kurzfristig wollen wir stark vereinfachte Prozesse zum systemdienlichen Einsatz von allen Speichern – Heimspeicher, E-Pkw und Großbatterien. So lösen Marktkräfte Auslegungs- und Gerechtigkeitsfragen und Speicher werden endlich systemdienlich gefahren.

Die Kostenvorteile günstiger grüner Energie müssen dabei bei allen ankommen. Die Stromsteuer und viele Umlagen stammen aus der fossilen Vergangenheit und verteuern klimafreundliches Heizen und E-Mobilität und Stromnutzung. Die Koalition hat Senkung der Stromsteuer auf das europarechtlich vorgeschriebene Minimum versprochen. Das muss jetzt für alle kommen.

3. Energie von allen, für alle

Wir stehen für eine Energiewende in der Hand von Bürger*innen und Mittelstand. Bürgerenergie ist die demokratische Wurzel der Energiewende. Partizipation schafft Akzeptanz, weil Menschen vor Ort selbst entscheiden und profitieren. Sie mobilisiert geduldiges Kapital für Klimaschutz, weil Ersparnisse in Solardächer, Windräder oder Speicher investiert werden. Wir sind dankbar für die vielen Milliarden, die Millionen Menschen bereits vor Ort in die Energieende investiert haben und weiter investieren.

Die Bürgerenergie stärkt regionale Wertschöpfung und entlastet die Netze – weil Strom dort erzeugt, genutzt und gespeichert wird, wo er anfällt. Erneuerbare Energie ist unschlagbar günstig, vor allem, wenn sie direkt lokal genutzt wird. Wir brauchen Regeln, die es allen möglichst einfach und attraktiv machen, erneuerbaren Strom zu produzieren, netzdienlich zu nutzen oder einzuspeisen, und vor allen Dingen, die günstige grüne Energie mit anderen zu teilen und damit die Stromrechnung zu senken. So geht Selbstwirksamkeit und Teilhabe in der Energiewende. In Zeiten wachsender Unsicherheit ist sie Garant für Teilhabe und Resilienz. Damit ihr volles Potenzial gehoben wird, braucht es klare Regeln für Energy Sharing, einfache Zugänge für Genossenschaften und Mieterstrom sowie faire Netzentgelte für netzdienliche Nutzung. Wer Energie teilt, schwächt Autokraten und senkt Kosten. Wer eine Solaranlage, eine E-Auto-Ladestation, einen Smart Meter oder eine Wärmepumpe installieren will, muss sie auch rasch anschließen können. Projektierer sollten mit Kommunen Kooperationsvereinbarungen abschließen. Gemeinden können durch Kooperationen mit Energiegenossenschaften die tiefe demokratisch Verankerung der Energiewende fördern. Bürger*innen und Energiegenossenschaften sollten ein Vorinvestitionsrecht haben. Wir fordern ein Recht auf Solar und auf Energy Sharing – und Netzentgelte, die lokale, netzdienliche Nutzung belohnen. Um auf die unterschiedlichen Ausgangssituationen der Menschen und ihrer Lebenssituation einzugehen, braucht es starke Unterstützung - ein Paket aus individueller Beratung, praktischer Hilfe und finanziellen Maßnahmen.

Mit einer von allen für alle getragenen Energiewende machen wir unsere Wirtschaft und Gesellschaft klimaneutral. Wir wollen auch Menschen mit geringem Einkommen und benachteiligten Gruppen eine gerechte Teilhabe an den Vorteilen an der Energiewende ermöglichen und so ihre finanzielle Sicherheit stärken. Wir werden daher weiter verstärkt Konzepte erarbeiten, um die sozial gestaffelte Förderung bei der Energiewende und Beteiligung von Menschen mit geringeren Einkommen an Windenergie und Photovoltaik, Batterien und E-Mobilität vorantreiben.

4. Grüne Energie für eine zukunftsfeste Industrie

In der Phase der ökonomischen Stapelkrise von Kriegen, Zöllen, und Rezessionen müssen wir Industrie und Unternehmen bei der Anpassung an die neuen Realitäten unterstützen. Unsere Industrie leidet immer noch unter den dauerhaft gestiegenen Gaspreisen. Aber ausgerechnet die Wirtschaftsministerin gefährdet nun den Wasserstoff-Hochlauf und verhindert damit die flexible Nutzung bereits reichlich vorhandener günstiger grüner Energie: Kein Industriestrompreis, keine Abschaffung der Stromsteuer für alle, keine Senkung der Strompreise um die vor sechs Monaten versprochenen 5 Cent pro Kilowattstunde.

Eine zukunftssichere Industrie gibt es nur mit günstiger und nachhaltiger grüner Energie. Öl- und Gasimporte sind teuer und machen erpressbar Aber: die Transformation der Industrie dauert länger als drei Haushaltsjahre. Wer jetzt investiert, braucht Planungssicherheit auf dem Weg weg von den fossilen Energieträgern - bis 2030 und darüber hinaus.

Die Industrie muss sich auf die neuen Energien und Märkte einstellen können. Dafür ist neben einer kohärenten Regulierung vor allem langfristige Planungssicherheit notwendig. Der Abbau bürokratischer Hürden verringert zudem die Kosten. Industrie und Prosuming, also zunehmende Eigenversorgung im privaten, kommunalen und wirtschaftlichen Bereich, spielen eine entscheidende Rolle in den neuen regionalen Energiemärkten. Die Industrie kann dort Energieüberschüsse und Abwärme "teilen" und kann sich in lokalen Überschusszeiten preiswert mit Strom versorgen. Netzentgeltregulierung, Umlagen- und Steuersysteme richten wir konsequent so aus, dass systemdienliches Verhalten belohnt statt bestraft wird.

Wir müssen den Green Deal verteidigen und wo nötig leichter und schneller in der Umsetzung machen. Der Emissionshandel (ETS I), ergänzt um einem robusten, umsetzbaren und auf mehr Sektoren ausgeweiteten Carbon Border Adjustment Mechanism, bleibt zentrale Säule der Transformation. Mit strategischer Industriepolitik können wir den Sprung in eine Volkswirtschaft des 21. Jahrhunderts unterstützen. Dazu wollen wir:

- unbürokratische Klimaschutzverträge auch für den Mittelstand;
- grüne Leitmärkte;
- einen Brückenstrompreis von 5ct/kWh für im internationalen Wettbewerb stehenden energieintensiven Mittelstand und Industrie, der mit Anreizen

für Flexibilisierung, Dekarbonisierung und Effizienzsteigerung verbunden ist;

- eine sichere Grundlage für den Wasserstoffhochlauf.

So schaffen wir Investitionssicherheit und Standortattraktivität. Wir schaffen eine gesicherte Nachfrage für grüne Industrieprodukte Made in Europe. CCS kommt nur dort zum Einsatz, wo es keine Alternativen gibt – etwa in der Zementherstellung. Carbon Capture and Utilization (CCU) wollen wir erproben, denn Kohlenstoff ist in zahlreichen Industrieprodukten ein wichtiger Rohstoff.

Entscheidend ist der zügige Aufbau des Wasserstoff-Kernnetzes und von Elektrolysekapazitäten. Katherina Reiches ideologische Fokussierung auf fossiles Gas ohne eine verbindliche Perspektive zur Umrüstung auf klimaneutrale Alternativen, gefährdet den gesamten Wasserstoff-Hochlauf und untergräbt die Zukunft der deutschen Industrie. Der Wasserstoffmarkt muss schnell in Fahrt kommen, um grünen Wasserstoff und die nötige Infrastruktur schnell und kostengünstig zu skalieren. Dafür braucht es gleichermaßen Ambition und – gerade in der Anfangsphase – eine pragmatische Herangehensweise.

Gerade für die Industrie ist Flexibilität künftig der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit: Statt im starren Grundlastbetrieb gefangen zu sein, sollte sie Strom dann nutzen können, wenn er im Überfluss da und besonders günstig ist. Die Unterstützung von der energieintensiven Industrie wollen wir mit echten Flexibilitätsanreizen verbinden. Um die Eigenversorgung mit Erneuerbaren für Industrie und Gewerbe zu erleichtern wollen wir Direktleitungen mit bis zu 20 Kilometern Länge rechtlich zu ermöglichen. Neue Großverbraucher wie Elektrolyseure und Rechenzentren wollen wir da errichten, wo klimafreundlicher erneuerbarer Strom im Überfluss vorhanden ist und idealerweise Abwärme für Wärmenetze genutzt werden kann. Wer jetzt auf grüne Technologien setzt, gewinnt bei Resilienz, Innovation und Standortattraktivität.

5. Finanzierung

Der Umbau des Energiesystems hin zu günstiger grüner Energie erfordert massive Investitionen, die wir durch langfristig planbare Rahmenbedingungen, lange Amortisierungszeiten, und gezielte Finanzinstrumente wie Preisgarantien und Ausfallabsicherungen mobilisieren. Dabei schafft die systematische Nutzung von sogenanntem "geduldigem Kapital" von Infrastrukturfonds und anderen Investor*innen, die vor allem an langfristig sicheren Anlagen und nicht an besonders schnellen oder hohen Erträgen interessiert sind, unter anderem sichere Beteiligungs- und Anlagemöglichkeiten für Bürger*innen. Sie erhöht die Eigenkapitalbasis und senkt Kapitalkosten. Instrumente wie Ausfall- oder Preisgarantien (von Absicherungsmechanismen bis hin zu Ober- und Untergrenzen) und liquide Derivatemärkte reduzieren die Kapitalkosten. Dabei gilt: Risiken dürfen nicht vergesellschaftet werden, während Gewinne privatisiert bleiben. Gleichzeitig gilt es, die erforderlichen Investitionssummen zu minimieren. Dabei setzen wir auf Marktreformen, die Anreize für effiziente Investitionen sowie systemdienliches und effizientes Verhalten bieten und gleichzeitig Volatilitäten und Unsicherheiten vermeiden. Auch regulatorische Klarheit und konstante Rahmenbedingungen über Legislaturperioden hinweg senken Kapitalkosten, fördern effizientes Verhalten und ermöglichen eine kostengünstige Versorgung. Wenn die Versorger bei ihren Investitionen geringere Risikoprämien einpreisen müssen,

z.B. durch langfristige Sicherheit auf der Einnahmeseite, können sie ihre Dienstleistungen kostengünstiger anbieten. Für natürliche Monopole wie Fernwärmenetze überprüfen wir die Regulierungen im Hinblick auf Verbraucher*innenschutz und passen Bindungsfristen an. Wir setzen bei Marktanreizprogrammen auf zeitlich regressive Förderungen, um Anreize für "First Mover" zu geben.

Zukunft jetzt

Der gesicherte Zugang zu günstiger, grüner Energie ist entscheidend – für ein bezahlbares Leben und eine lebenswerte Zukunft. Für die Resilienz und Handlungsfähigkeit unseres Kontinents, die Zukunft unserer Wirtschaft und nicht zuletzt für die Demokratie. Mit der Versorgungssicherheit als Teil eines erweiterten, integrierten Sicherheitsbegriffs schließt sich der Kreis in unserem umfassenden Verständnis von Sicherheitspolitik

Die nächsten Jahre entscheiden, ob die Energiewende gelingt – ökologisch, ökonomisch und demokratisch.Dauerhafte Energiesicherheit entscheidet sich künftig nicht mehr durch den Zugriff auf Brennstoffe, sondern durch den sicheren Zugang zu kritischen Rohstoffen und resiliente Lieferketten. Besonnders Skaleneffekte und Kapitalkosten sind entscheidend: Je mehr von den sauberen Technologien produziert und genutzt wird, desto günstiger werden sie. Auch wenn wir hier mittlerweile weit ins Hintertreffen geraten sind: Zusammen mit unseren europäischen Partner*innen können wir Produktionskapazitäten und Märkte so aufbauen, dass wir unsere geostrategische europäische Resilienz mit den entscheidenden Transformationstechnologien sichern.

Wir können und müssen in der EU auch mehr, schneller und viel systematischer voneinander lernen. Viele andere europäische Länder haben schon langjährige praktische Erfahrungen, z.B. mit regionalen Preisen, Smart Metern, Energy Sharing sowie solarer Fernwärme. Diesem europäischen Innovationswettlauf stellen wir uns und nutzen ihn, um die gesamte EU schneller und günstiger zu dekarbonisieren.

Wir haben bereits gezeigt, was möglich ist, wenn politische Führung, technologische Innovation und gesellschaftliche Beteiligung zusammenkommen. Jetzt braucht es Klarheit, Tempo und Verlässlichkeit: für Investitionen, für Teilhabe, für Versorgungssicherheit. Wer die Energiewende abwürgt, gefährdet nicht nur das Klima, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Wer sie beschleunigt, schafft Wohlstand, Sicherheit und neue Chancen – für alle. Dafür stehen wir. Dafür kämpfen wir. Jetzt.